Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn M. 12.—, auswärts M. 12.45 einschl. der Postgebühren. Monatl. nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 50 Pfg., bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826 — Fernsprecher 29

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Es wird keine Gewähr dafür übernommen, daß Anzeigen oder Reklamen in bestimmten Ausgaben oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises. Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.

Postscheckkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 226 — Dienstag den 28. September 1920 — 94. Jahrgang

Von den neuen Jugendämtern.

Von Erich Krauß.

I.

Jugendfürsorge hat es gegeben, ehe es das Wort gab. Immer wieder sind in der christlichen Gesellschaft Versuche unternommen worden, sich der verwaisten, der unehelichen, der armen, der sozial schlecht gestellten, der gefährdeten Jugend anzunehmen in der Hauptsache aus zweierlei Beweggründen heraus: Aus dem Beweggrund des Gegensatzes zwischen dem ewigen christlichen Gedanken von dem Wert der einzelnen unsterblichen Seele, die nicht durch Schuld der Menschen oder Verhältnisse verloren gehen und um ihr Bestes, ihr Heil betrogen werden darf, und aus dem rein weltlich sozialpolitischen Gedanken von dem Werte jedes einzelnen Menschen als Mitgliedes, Bürgers, Arbeiters einer Menschengesellschaft, eines Staatsverbandes. Und wie in den Motiven, so begegnen uns auch in den Zwecken, in dem, was unmittelbar durch die Fürsorgetätigkeit erreicht werden sollte, hauptsächlich zweierlei Auffassungen. Es schien unendlich hoch und beglückend, jedem einzelnen Kinde und Jugendlichen die Schwere seines Lebens leichter zu machen, ihn zu heben und zu bilden als ein an sich wertvolles Geschöpf. Die andere Einstellung übersieht ganz gewiß nicht, daß ihre Arbeit dem Glück, der Hebung, der Bildung des Einzelnen zu gute kommt, aber sie benützt dieses als Mittel zum Zweck, zu dem Zweck, einen brauchbaren Staatsbürger aus dem der Gefährdung, der Verwahrlosung ausgesetzten Jugendlichen herauszuholen. Ebenso wie auf dem Gebiet der Motive und der Zwecke läßt sich in den Formen die Gegensätzlichkeit zwischen Persönlichkeitspflege und Gemeinschaftsarbeit nachweisen. Es gab und gibt Jugendfürsorgearbeit, die sich in dieser Form abspielt: der Einzelne fühlt sich verpflichtet, die Armut und das Elend aufzusuchen, das einzelne Kind, wo er es findet, der Not zu entreißen und es an sich zu ziehen, zu betreuen und nähren, zu kleiden und zu unterrichten. Und sehr bald, aber immer wieder, finden sich auch Gemeinschaften (z. B. Vereine), die die Mittel aufbringen, in Gemeinschaften (z. B. geschlossenen Heimen) werden die Zöglinge zusammengefaßt, und die in dem Gemeinschaftsleben enthaltenen Hilfen der Erziehung sollen die Arbeit der Fürsorge, die Erziehung für die Gemeinschaft, die Gesellschaft, den Staat unterstützen. Nach und nach durchdringen sich jene privaten und diese genossenschaftlichen Gesichtspunkte, die Fürsorgebestrebungen suchen Zusammenschluß und von dem Wechsel der beteiligten Personen unabhängigen Bestand, es entwickelt sich allmählich ein Fürsorgewesen. Es entstanden Gesetze, es entstanden Häuser und es entstanden dringliche Hilfsmittel aller Art. Heute stehen wir mit den Fürsorgebestrebungen vor einer ähnlichen Situation, wie die war, die zum Volksschulgesetz und zu einem gewissen Abschluß der unterrichtlichen Fragen als Volkssache geführt hat. Die Entwicklung der Fürsorgeerziehung steht überhaupt in unverkennbarer Analogie zu jener der Volksschule. Beide Erscheinungen sind auch aus denselben inneren Triebfedern hervorgegangen. Um dies an einem ganz banalen Beispiel zu veranschaulichen — daß Lesen und Schreiben für einen jeden Menschen, nicht nur für die Gebildeten, eine dringliche Notwendigkeit ist, daß ein Kulturvolk wie das unsere nicht bestehen kann, wenn derartige primitive Dinge nicht Allgemeingut der Bevölkerung geworden sind, das war die Anschauung, aus der heraus seinerzeit die Notwendigkeit des Volksschulgesetzes begründet wurde. Diese Notwendigkeit hätte man 200 oder 300 Jahre vorher mit denselben Gründen nicht belegen können, denn da war sie noch durchaus umstritten. Erst allmählich hat die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Volkes derartige Dinge als notwendig in der Erziehung herausgebracht. Wie Lesen und Schreiben für jene Zeit sich erst zum allgemeinen Volksbedürfnis entwickelte, so wuchs steigend, ganz abgesehen von den Folgen des Krieges, aus der seit mehreren Jahrzehnten fortschreitenden Industrialisierung und dem immer komplizierter werdenden Prozeß der Arbeit die Notwendigkeit erhöhter Jugendfürsorge und führte gewissermaßen als Abschluß zur Schaffung von Jugendämtern. Es handelt sich heute um mindestens zwei, vielleicht um mehr Millionen fürsorgebedürftiger Kinder im Reich. Niemand darf es wagen, sich von der gemeinsamen Arbeit auszuschließen. Das Gefühl, man sei unschuldig daran, daß es arme, verkrüppelte, verwahrloste, kriminell gewordene Kinder gibt, ist entweder Gedankenlosigkeit oder pharisäische Selbstgerechtigkeit und muß aussterben unter uns und dem Gefühl gemeinsamer Verantwortung Platz machen.

In Württemberg werden 34 Jugendämter entstehen: 5 rein städtische, 4 städtische, die ihren Oberamtsbezirk mit an sich angliedern und 25 ländliche, die mehrere Oberämter versehen.

Die Aufgabe der Jugendämter gilt hauptsächlich der Fürsorge an der gefährdeten Jugend, die bisher zerstreut von anderen Behörden ausgeübt wurde. Art. 4 des Jugendgesetzes bestimmt: Die Jugendämter übernehmen 1. die Geschäfte des Gemeindewaisenrats bezüglich der ihrer Zuständigkeit unterliegenden Minderjährigen, 2. die Aufsicht über das Kost- und Pflegekinderwesen, 3. die Unterstützung und die Fürsorge für Erziehung und Berufsausbildung der elternlosen, der unehelichen und der dauernd getrennt von beiden Elternteilen untergebrachten, hilfsbedürftigen Minderjährigen, 4. die Führung von Berufsvormundschaften und Pflegschaften sowie die Beratung von Vormündern, Pflegern und Beiständen bei der Ausübung ihres Amts, 5. den Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Verwahrlosung, Mißhandlung und Ausbeutung, 6. die Unterstützung der Justiz- und Polizeibehörden in allen Fällen, in denen Jugendliche von ihrer Tätigkeit erfaßt werden, 7. die Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung der Fürsorgeerziehung, 8. die Aufsicht über die in ihrem Bezirk bestehenden Einrichtungen und Anstalten der Jugendfürsorge, soweit sie nicht andern Behörden vorbehalten ist, 9. die Verwaltung von Stiftungen für Zwecke der Jugendfürsorge, soweit die Stiftungsurkunde keine Bestimmung über die Verwaltung enthält. Vom Standpunkt des Erziehers besonders wichtig sind Punkt 3 und 8. Nur durch eine Eingliederung der reichen freiwilligen Fürsorgetätigkeit in den Geschäftsbereich des Jugendamts ist eine einheitliche Durchführung der Jugendhilfe gewährleistet. Davon weiter unten. Daß oben genannter Uebergang behördlicher Befugnisse an das Jugendamt große Aenderungen der seither dafür geltenden gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen nötig macht, ist einleuchtend.

Art. 2 und 3 des J.A.G. bestimmen: Die Jugendämter sind für werdende Mütter, Kinder und Jugendliche bis zu 18 Jahren zuständig, die sich in ihrem Bezirk aufhalten. Ihre Tätigkeit umfaßt: Die Förderung, wenn nötig Schaffung von Einrichtungen des Mutterschutzes, der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, die Fürsorge für die Schulkinder außerhalb des Unterrichts und für die nicht schulpflichtigen Kinder, die Pflege und der Schutz der schulentlassenen Jugendlichen, sowie die Fürsorge für deren Gesundheit, insbesondere durch Unterstützung der auf diesem Gebiete tätigen Vereine und Personen. Ueberaus wichtig ist dabei, daß sich das Jugendamt nicht nur der nach Hilfe suchenden Not zuwenden, sondern daß es sich jeder bestehenden Not annehmen, ja auch das Eintreten von ernsten Notständen soviel wie möglich vorbeugend verhindern soll. Ebenso, daß die Fürsorge sich auf die Säuglinge und Kleinkinder, ja schon auf die werdenden Mütter ausdehnen soll, sowie daß für die Unterstützung und Fürsorge der Aufenthaltsort, nicht der Unterstützungswohnsitz maßgebend ist.

Art. 3, Abs. 1 des J.A.G. bestimmt ausdrücklich, daß das Jugendamt nur in Ergänzung und, soweit nötig, in Ersetzung der Familie der Jugend Schutz, Fürsorge und Förderung angedeihen zu lassen hat, d. h. nur da in Tätigkeit zu treten hat, wo die natürliche Erziehungsquelle versiegt ist, wo die Familie nicht da ist oder ihre Pflicht nicht erfüllt. Die verkehrte Meinung, durch amtliche Erziehung und Fürsorge einen gleichwertigen Ersatz für die erzieherische u. fürsorgende Tätigkeit der gesunden Familie bieten zu können, hat das neue Jugendamt ganz und gar nicht. Es muß gegenüber falschen Vorstellungen, gegenüber Aufbauschungsversuchen überhaupt festgestellt werden, daß die Aufgabe des Jugendamts im wesentlichen eine Zusammenfassung seither schon bestehender Hilfstätigkeiten, also eine zentrale ist. Das Jugendamt soll eine Stelle sein, die schnell und ohne viel Förmlichkeit in Tätigkeit zu setzen ist, eine weithin sichtbare Stelle für alle, die es brauchen können.

Nach Art. 6 des J.A.G. wird das Jugendamt von einer Jugendkommission, die aus 12 Mitgliedern und 1 Vorsitzenden gebildet werden muß, und die die Satzung für das Jugendamt aufzustellen ermächtigt ist, ehrenamtlich geleitet. Die eigentliche Aufgabe des Jugendamts wird aber von einem laut Art. 8 des J.A.G. zu bestellenden eigenen Beamten getan werden. Außer diesem Beamten ist mindestens vorläufig eine Bezirksfürsorgerin zu bestellen.

Die finanzielle Belastung durch die ganze Einrichtung wird bei den heutigen Finanzverhältnissen zweifellos drückend empfunden werden. Es ist groß gedacht, daß der württembergische Landtag diese Bedenken keinen Einfluß gewinnen ließ. Im allgemeinen hat an dem Aufwand der Jugendämter zu tragen der Staat zwei Fünftel, der Ortsarmenverband ein Fünftel und das Jugendamt, d. h. die Stadt bezw. die Amtskörperschaft oder die Amtskörperschaften zwei Fünftel. Auf Antrag und bei Nachweis des Bedürfnisses gewährt der Staat noch besondere Zuschüsse. Ohne reichliche freiwillige Unterstützungen aber, und wenn ihnen nicht in allen Gemeinden ihres Bezirks ein fester Stamm von opferbereiten freiwilligen Helfern und Mitarbeitern entsteht, werden die Jugendämter ihre zahlreichen Aufgaben nicht erfüllen können. (Schluß folgt.)

Tages-Neuigkeiten.

Hermann Müller über Sozialdemokratie u. Reichsregierung.

Berlin, 27. Sept. Aus Köln wird berichtet: Der frühere Reichskanzler Hermann Müller sprach hier über das Thema „Das Schicksal Deutschlands". Er wies die Schuld an der jetzigen Defizitwirtschaft der Post und Eisenbahn für die Sozialdemokraten zurück und betonte, daß diese vielmehr darauf zurückzuführen ist, daß die Verkehrsinstitute durch die Oberste Heeresleitung heruntergewirtschaftet seien. Die jetzige Regierung mit ihren Fachministern solle zeigen, ob sie auf diesem Gebiet etwas leisten könne. Die Sozialdemokratie habe keine Ursache, die Regierung zu stürzen, vielmehr solle sie noch eine längere Bewährungsfrist erhalten, damit sie das Versprochene ausführen könne. Wenn die Deutsche Volkspartei mit den pazifistischen Anschauungen einverstanden sei und sie in ihrer äußeren Politik vertreten könne, würden die Sozialdemokraten mitregieren. Für die innere Politik machte Müller den Eintritt in die Regierung von der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zur Sozialisierung der dazu reifen Betriebe abhängig. Im Zusammenhang damit ist interessant, was der Abg. Stresemann neuerdings in der letzten Nummer seiner „Deutschen Stimme" über die Stellung der Deutschen Volkspartei zur Sozialdemokratie äußert. Er sagt: Die Hervorhebung der Bereitwilligkeit zur Mitarbeit mit der Sozialdemokratie bedeute keine Linksschwenkung der Deutschen Volkspartei. Weiter schreibt er dann: „Wäre die Sozialdemokratie in der Regierung, dann würde sie nicht in Berlin mit den Unabhängigen gegen die bürgerlichen Parteien gehen können, sondern dann würde das Zusammengehen innerhalb der Reichsregierung auch auf Landtag und Gemeinden zurückführen. Als Ziel der Politik erscheint es mir nicht, den Kampf der Sozialdemokratie gegen das Bürgertum zu verewigen und von uns aus den breiten Graben zu ziehen, dessen Ueberschreitung wir nicht wünschen. Ziel des Kampfes muß in den gärenden, umwälzenden Zeiten, in denen wir leben, Ueberbrückung der Gegensätze sein, nicht ihre Verschärfung."

Polnischer Protest.

Warschau, 27. Sept. Der Minister für Auswärtiges hat den polnischen bevollmächtigten Minister in Berlin beauftragt, energisch gegen die Haltung der deutschen Behörden zu protestieren, da diese den bolschewistischen Banden in Ostpreußen volle Handlungsfreiheit und die Möglichkeit lassen, sich an der Nordostgrenze zu sammeln.

Argentinische Lebensmittel für Deutschland.

Wie die „Deutsche La Plata Zeitung" meldet, fand in Buenos Aires in der deutschen Gesandtschaft eine Besprechung hervorragender Mitglieder der deutschen Kolonie statt zwecks Organisation umfangreicherer Lebensmittelsendungen nach Deutschland. Der Geschäftsträger des Deutschen Reiches, Legationsrat Dr. Olshausen, machte den Vorschlag, eine Organisation nach dem Muster der Hooverschen „American Relief Administration ins Leben zu rufen. Die Organisation wird dem „Deutschen Volksbund für Argentinien" angegliedert, der Anweisungen in drei Werten zu 20, 50 und 100 Pesos ausgibt. Diese Anweisungen werden von den Deutschen in Argentinien an Angehörige und Bekannte in der Heimat, denen man Lebensmittel zukommen lassen will, brieflich übersandt. Die Empfänger geben die Anweisungen an die Versandstelle in Hamburg weiter, die ihrerseits die Zustellung der Lebensmittel in Normalpackungen an die betreffenden Adressen besorgt. Die Lebensmittelsendungen sollen in erster Linie enthalten: gesalzene Butter, Schweinefett, Speck, Büchsenfleisch und kondensierte Milch.

Diktator Millerand?

Die französische Presse mit Ausnahme der radikalen Linken hat die Wahl Millerands zum Präsidenten von Frankreich mit einem Jubel begrüßt, der, weil man Zeit hatte, sich vorzubereiten, allgemein fast im Wortlaut übereinstimmt. Aber schon mischen sich in die gute Stimmung allerlei Sorgen und Fragen. Millerand will ja ein politischer Präsident sein. Da er aber nicht mehr der einstige internationale Sozialist, sondern ausgesprochener Imperialist ist, der „die Politik des Sieges fortzusetzen" gedenkt, ist auch eingestandenermaßen sein nächstes Ziel, durch eine Verfassungsänderung seinem Amte einen größeren Einfluß auf den Gang der Staatsgeschäfte und auf die französische Politik zu sichern. Tatsächlich kann schon nach dem heutigen Stande des französischen Verfassungsrechtes der Präsident der Republik nur wegen schwerer Verletzung der Gesetze belangt werden. Die Deputiertenkammer hat das Recht, ihn anzuklagen, der Senat, ihn zu richten. Er kann den Präsidenten seines Amtes entheben und ihm die nach dem Gesetz verwirkten Strafen auferlegen. Aber im übrigen ist das Oberhaupt der französischen Republik doch ein sehr wenig beschränkter Souverän. Er legt über den täglichen Verlauf der Staatsangelegenheiten keine Rechenschaft ab. Er kann persönlich durch die Kammern nicht gestürzt werden. Er ist unabhängig in sehr weitgehendem Maße. Um die Ausführung der Gesetze zu überwachen, verfaßt der Präsident allgemeine Ausführungsdekrete, die das Gesetz vervollständigen. Er besetzt alle Zivil- und Militärämter. Er hat die Verfügung über die bewaffnete Macht. Er hat das Antragsrecht der Gesetze. Er kann, allerdings im Einverständnis mit dem Senat, die Deputiertenkammer vor dem gesetzlichen Ablauf ihres Mandats auflösen und ein neues Parlament einberufen. Von diesem Rechte wurde erst einmal, am 16. Mai 1877 Gebrauch gemacht. Seit dem Staatsgrundgesetz vom 25. Febr. 1875 steht dem Präsidenten das Recht zu, die nochmalige Beratung eines bereits beschlossenen Gesetzes zu verlangen. Herr Millerand, was wollen Sie noch mehr? Die größte Rolle spielt der Präsident von Frankreich — und dies ist für Deutschland das wichtigste — bei den internationalen Beziehungen. Er ist den fremden Mächten gegenüber der einzige ständige Vertreter Frankreichs. Auch die Verträge mit dem Ausland hat er abzuschließen, und zwar geschieht dies durch Vermittlung und unter Verantwortung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Erfordert es das Interesse und die

LANDKREIS CALW — Kreisarchiv Calw

Sicherheit des Staates, so kann er diese Verträge geheim halten und die Kammer nicht eher davon in Kenntnis setzen, als bis er den richtigen Zeitpunkt für gekommen hält. Dieses Recht ist lediglich dadurch beschränkt, daß Friedens- und Handelsverträge, Personen- und Eigentumsrechte der im Ausland lebenden Franzosen von beiden Kammern genehmigt werden müssen. Die wichtigsten Verträge bleiben aber dem Geheimnis des Präsidenten vorbehalten: Militärverträge und Bündnisse. Jahrelang vor dem Weltkriege sind die Abmachungen Frankreichs mit Rußland unbekannt geblieben. Hätte man sie veröffentlicht, so wäre der Krieg vielleicht nicht gekommen. „Einen ersten — wenn auch nicht verfassungsrechtlichen, so doch praktischen — Schritt zur Erweiterung seiner Machtstellung hat Millerand bereits getan mit der Ernennung von Leygues zum Ministerpräsidenten. Leygues ist nicht unter den Kandidaten für die Ministerpräsidentschaft genannt worden. In der Stille hat ihn Millerand als seinen Mann, als seine Kreatur hervorgeholt und mit ihm ein Programm vereinbart, das sich in wenigen Worten erschöpfend kennzeichnen läßt als die Fortsetzung der Politik Millerands. Zu der Berufung Leygues bemerkt die „Kreuzzeitung": Anscheinend will sich Millerand die starken Männer wie Poincare, Briand usw. vom Leibe halten. Da Leygues gar nicht unter den Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten gewesen ist, ist seine Wahl umso überraschender. — In der „Deutsch. Allgem. Ztg." wird ausgeführt, daß Millerand in Leygues einen Mann gefunden habe, der in seinem Sinne die Geschäfte weiterführe und den Boden für die Verfassungsänderungen vorzubereiten habe, die dem Präsidenten vorschwebten. Als Ministerpräsident und Minister des Aeußern werde Leygues die äußere Politik in der Richtung leiten, wie Millerand es angedeutet habe. In dieser Beziehung finde der Präsident in Leygues zweifellos einen verständnisvollen Mitarbeiter.

Französische Feierlichkeiten zur Erinnerung an den Tag des Waffenstillstands.

Paris, 27. Sept. (Havas.) Auch im Senat wurde am Samstag die Regierungserklärung mit Beifall aufgenommen. Die Tagung wurde darauf beschlossen. Wahrscheinlich wird das Parlament kurz vor den auf den 11. November festgesetzten Feierlichkeiten zur 50 Jahr-Feier der Republik und des Jahrestages des Waffenstillstandsabschlusses einberufen werden.

Versammlung der Rheinübergänge.

Mannheim, 27. Sept. Die „Landeszig." berichtet, daß die Franzosen an der Rheinbrücke Tore angebracht haben, welche sowohl auf der Mannheimer als auch auf der Ludwigshafener Seite zum Teil fertiggestellt sind. Die Tore erstrahlen in blutroter Farbe und sind bereits „gebrauchsfähig", so daß Frankreich beruhigt schlafen gehen kann.

Arbeitsaufnahme der Italiener.

Neapel, 27. Sept. Die zur Wiederaufnahme der Arbeit gewillten Arbeiter bei den Neptun-Werken verlangten, daß die Werke von den Extremisten gesäubert würden gemäß dem von der großen Mehrheit der Arbeiter angenommenen Beschluß, das Konkordat von Rom anzuerkennen. Es kam zwischen den beiden Arbeiterlagern zu Zusammenstößen, in deren Verlauf Schüsse gewechselt wurden. Der Polizei gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Die roten Fahnen, die gehißt worden waren, wurden wieder eingezogen.

Streikergebnisse.

Rom, 27. Sept. Ag. Stefani. Laut Messagero haben bei der allgemeinen Betriebsabstimmung über die in Rom getroffenen Vereinbarungen in Mailand 27 Fabriken für und 3 gegen die Gutheißung der Vereinbarungen gestimmt. In Genua ergab sich in mehreren Fabriken eine Mehrheit für die römischen Abmachungen. Dasselbe zeigte sich in Florenz und Ancona. Gemäß der getroffenen Vereinbarung räumten in Mailand die Arbeiter die Fabrik Pirelli, die sie besetzt hatten. Die Webereien wurden ihren Eigentümern wieder zur Verfügung gestellt. Der Mailänder Präfekt arbeitet in Gemeinschaft mit den Vertrauensmännern der Unternehmer und Arbeiter an der Feststellung genauer Ausführungsbestimmungen zu den in Rom getroffenen Vereinbarungen.

Nitti für europäische Verständigung.

Der frühere Ministerpräsident Nitti scheint wieder in die aktive Politik zurückkehren zu wollen. Er gewährte dem römischen Vertreter der „Associated Preß" eine bemerkenswerte Unterredung über die gegenwärtige Lage Europas und Italiens. Nitti erklärte: Europa ist ohne Frieden. Der alte deutsche Imperialismus ist an die Ententevölker übergegangen. Die Vereinigten Staaten sollten nur denjenigen Völkern Hilfe leisten, die eine friedliche Politik verfolgen. Wir haben immer gesagt, daß wir nicht gegen das deutsche Volk sind, nur gegen den deutschen Militarismus Krieg führten. Nachdem aber das Kaiserreich gefallen und das imperialistische Deutschland zugrunde gegangen war, haben wir unsere Haltung nicht geändert. Deutschland befindet sich heute in einer unerträglichen Lage. Es ist einer ganzen Reihe haßenswerten Kontrollmaßnahmen unterstellt und muß sich alle möglichen Demütigungen gefallen lassen. Die Ententeländer sind in Berlin noch nicht einmal durch Diplomaten vertreten, sondern verkehren mit Deutschland lediglich durch ihre Militärs und Kommissionen. Deutschland hat keine Schiffe, nicht genügend Rohstoffe, keine erträgliche Valuta, keine Kohle; das hungernde Deutschland muß für eine lange Reihe von Jahren eine noch nicht festgesetzte Kriegsentschädigung bezahlen. Gewiß haben die Sieger Rechte, aber sie haben auch Pflichten. Kein Mensch hat das imperialistische Deutschland mehr gehaßt, als ich, der ich immer an eine wirklich demokratische Friedenspolitik geglaubt habe. Deutschland war früher das große Zentrum der Produktion, heute ist sein ganzes Wirtschaftsleben zerbrochen. Alles geht zugrunde. Deutschland muß wieder diejenige Stelle in der Produktion einnehmen, die es früher besessen hat. Warum sollten seiner Wirkung entbehren? Kann man verlangen, daß 40 oder 50 Jahre lang ein Bund der siegreichen Staaten besteht, um von Deutschland die Kriegsentschädigung herauszupressen? Kann man verlangen, daß Deutschland auch fernerhin in der gegenwärtigen Form von den Siegermächten kontrolliert wird?" Zur russischen Politik der Entente übergehend, sagte Nitti, nach seiner Ansicht werde das heutige bolschewistische System in Rußland über kurz oder lang fallen. Man müsse von Rußland fordern, daß es sich nicht in die inneren Verhältnisse der andern Länder einmische. Die Alliierten seien aber weit über diese Forderungen hinausgegangen, und sie hätten eine Politik gegenüber Rußland verfolgt, die dessen wirtschaftliche Wiederaufrichtung verhindert habe. Europa werde jedoch seine Produktion nicht wieder herstellen können, solange man Deutschland nicht zu Hilfe komme und Rußland nicht die Möglichkeit gäbe, in die Reihe der freien Länder zurückzukehren. Die gegenwärtige innere Lage Italiens bezeichnet Nitti als eine Folge der Politik der Alliierten, die Italien nicht in wirklich freundschaftlichem Geiste beigestanden seien, um seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten lösen zu helfen. Unter dem Einfluß des Kohlen- und Rohstoffmangels seien die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und infolgedessen die industriellen Unruhen entstanden, die jedoch vielfach übertrieben würden. Auf jeden Fall glaube er nicht, daß Italien einer Revolution entgegengehe. Schließlich bemerkt Nitti noch zu den italienisch-französischen Beziehungen, daß Italien und Frankreich, die im Kriege verbündet gewesen seien, auch im Frieden einig sein müßten. Einige französische Blätter seien ihm gegenüber sehr günstig gestimmt, er selbst aber sei Frankreich immer mit freundschaftlichen Gefühlen gegenübergestanden. Unter Freunden müsse man sich verstehen. „Wir waren", so sagte Nitti, „mit Deutschland befreundet und verbündet. Trotzdem haben wir mit Deutschland Krieg geführt, um der Demokratie zum Siege zu verhelfen. Wir wollen keine Unterdrückung eines andern Volkes. Italien wird auch keine Allianzpolitik treiben. Es will nur Europas Wiederherstellung und den Frieden. Bis jetzt hat die Moral der Gewalttätigkeit geherrscht. Werden die Vereinigten Staaten dem neuen Werk der Aufrichtung einer Herrschaft des Friedens ihre Mithilfe verleihen?"

Ende des italienischen Metallarbeiterstreiks.

Rom, 27. Sept. 80 Proz. der Metallarbeiter stimmten für einen Vergleich. Die Räumung der Fabriken beginnt heute.

Endgültiger Friedenszustand zwischen Italien und Oesterreich.

Rom, 27. Sept. Der König hat das Gesetz über die Annahme des Friedensvertrages von St. Germain und die Annexion von Südtirol unterzeichnet. Es tritt nach Ablauf von 14 Tagen in Kraft. Der Friedenszustand beginnt wahrscheinlich mit dem 31. Oktober. Kurz darauf werden die Wahlen der Abgeordneten in den neu erworbenen Gebieten stattfinden.

Neuordnung des russischen Heeres.

Rotterdam, 27. Sept. Nieuwe Rotterdamsche Courant erfährt aus Helsingfors, daß die russische Räuberregierung eine Neuordnung des russischen Heeres vornimmt. Die Divisionen der Westfront werden Westheer, die auf der Ostgaliziischen Front das rote Ukrainerheer, die auf der taurischen und der Donfront das Südheer und die auf der kaukasischen Front das Ostheer bilden. Die sibirischen Truppen werden in zwei Heere gruppiert, das West- und das ostsibirische Heer. Trotzki ist Oberbefehlshaber. Ihm steht Podwoisky zur Seite.

Für Moskau.

Uruguaya, 28. Sept. Die Soz. dem. Partei hat beschlossen, der 3. Internationale von Moskau beizutreten.

Eine polnische Armee Sowjetrußlands.

Helsingfors, 27. Sept. Nach hier aus Rußland eingetroffenen Nachrichten wird in dem von den Bolschewisten besetzten Gebiet aus den Polen, die länger im Sowjetheer gekämpft haben, eine besondere polnische Armee gebildet werden.

Persische Erfolge.

Rotterdam, 27. Sept. Dem Nieuwe Rotterdamschen Courant zufolge wird aus Teheran gemeldet, daß die persischen Truppen nach mehrtägigen Kämpfen Reicht wieder genommen und die Bolschewisten in der Richtung nach Enzeli zurückgedrängt haben.

Einwandererzunahme in Amerika.

Rotterdam, 27. Sept. Laut Nieuwe Rotterdamsche Courant wird aus Newyork gemeldet, daß in den letzten Wochen nicht weniger als 3000 Einwanderer angekommen sind.

Amerikanische Oberkommission in Tokio.

Tokio, 28. Sept. Die Regierung hat beschlossen, die amerikanischen Behörden zu ersuchen, eine Oberkommission zur Durchführung der Abmachungen über Kalifornien zu ernennen.

Vor dem Rücktritt Smillies.

London, 28. Sept. Die Delegierten der Bergarbeiter verhandelten gestern mit den Arbeitgebern über die Festsetzung einer Grundlage für die Lohnerhöhung. Smillie bemühte sich, eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen, gab aber, verstimmt durch die Opposition, einer Anzahl Delegierter dem Ausschuß zu verstehen, daß sein Rücktritt bevorstehe.

Neue Regengüsse.

Grenoble, 26. Sept. (Agence Havas.) Infolge wolkenbruchartiger Regenfälle der letzten Tage traten die Flüsse in der Haute Maurienne über die Ufer und zerstörten Straßen, Fabriken und Mühlen. Bei St. Julien de Maurienne wur-

---

Hans und Heinz Kirch.

6) Novelle von Theodor Storm.

Am andern Tage war er fort. Die Mutter ging still umher in dem ihr plötzlich öde gewordenen Hause. Die kleine Wieb trug schwer an ihrem jungen Herzen. Nachdenklich und fast zärtlich betrachtete sie auf ihrem Arm die roten Striemen, durch welche die Mutter für die Störung ihrer Nachtruhe sich an ihr erholt hatte; waren sie ihr doch fast wie ein Angedenken an Heinz, das sie immer hätte behalten mögen; nur Hans Kirchs Dichten und Trachten strebte schon wieder rüstig in die Zukunft.

Nach sechs Wochen war ein Brief von Heinz gekommen, er brachte gute Nachricht; wegen kecken Zugreifens im rechten Augenblick hatte der Kapitän freiwillig seine Heuer erhöht. Die Mutter trat herein, als ihr Mann den Brief soeben in die Tasche steckte. „Ich darf doch mit lesen?" frug sie scheu. „Du hast doch gute Nachricht?"

„Ja, ja," sagte Hans Kirch; nun, nichts Besonderes, als daß er dich und seine Schwester grüßen läßt."

Am Tage darauf aber begann er allerlei Gänge in der Stadt zu machen; in die großen Häuser mit breiten Beischlägen und unter dunkeln Lindenschatten sah man ihn der Reihe nach hineingehen. Wer konnte wissen, wie bald der Junge sein Steuermannsexamen hinter sich haben würde; da galt es auch für ihn, noch eine Stufe höher aufzurücken. Im Deputierten-Kollegium hatte er bereits einige Jahre gesessen; jetzt war ein Ratsherrnstuhl erledigt, der von den übrigen Mitgliedern des Rats zu besetzen war.

Aber Hans Adams Hoffnungen wurden getäuscht; auf dem erledigten Stuhl saß nach einigen Tagen sein bisheriger Kollege, ein dicker Bäckermeister, mit dem er freilich weder an Reichtum noch an Leibesgewicht sich messen durfte. Verdrießlich war er eben aus einer Deputiertensitzung gekommen, wo nun der Platz des Bäckers leer geworden war, und stand noch an einem Tabakrndchen seinen Groll zerkauend, unter dem Schwanz des Riesenfisches, den sie Anno siebzig hier gefangen und zum Gedächtnis neben der Rathaustür aufgehangen hatten, als ein ältliches, aber wehrhaftes Frauenzimmer über den Markt und gerade auf ihn zukam; ein mit zwei großen Schinken beladener Junge folgte ihr.

„Das ging den verkehrten Weg, Hans Adam!" rief sie ihm schon von weitem zu.

Hans Adam hob den Kopf. „Du brauchst das nicht über die Straße hinzuschreien, Jule, ich weiß das ohne dich."

„Es war seine ältere Schwester, die nach ihres Mannes Tode mit der Kirch'schen Rührigkeit eine Speckbäckerei betrieb. „Warum sollte ich nicht schreien?" rief sie wiederum, „mir kann's recht sein, wenn sie es alle hören! Du bist ein Geizhals, Hans Adam; aber du hast einen scharfen Kopf, und den können die regierenden Herren nicht gebrauchen, wenn er nicht zufällig auf ihren eigenen Schultern sitzt; da paßt ihnen so eine blonde Semmel besser, wenn sie denn doch einmal an uns Mittelbürgern nicht vorbei können."

„Du erzählst mir ganz was Neues!" sagte der Bruder ärgerlich.

„Ja, ja, Hans Adam, du bist mir auch zu klug, sonst säßest du nicht so halb umsonst in unserem elterlichen Hause."

Die brave Frau konnte es noch immer nicht verwinden, daß von einem Kauflustigen ihrem Bruder einst ein höherer Preis geboten war, als wofür er das Haus in der Nachlaßteilung übernommen hatte. Aber Hans Kirch war diesen Vorwurf schon gewöhnt, er achtete nicht mehr darauf, zum mindesten schien es für ihn in diesem Augenblicke nur ein Spornstich, um sich von dem erhaltenen Schlage plötzlich wieder aufzurichten. Aeußerlich zwar ließ er den Kopf hängen, als sähe er etwas vor sich auf dem Straßenpflaster; seine Gedanken aber waren schon rastlos tätig, eine neue Bahn nach seinem Ziele hinzuschaufeln; das war ihm klar, es mußte noch mehr erworben und — noch mehr erspart werden. Dem Druck des Silbers mußte bei wiederkehrender Gelegenheit auch diese Pforte noch sich öffnen; und sollte es für ihn selbst nicht mehr gelingen, für seinen Heinz, bei dessen besserer Schulbildung und stattlicherem Wesen würde es damit schon durchzubringen sein, sobald er seine Seemannsjahre nach Gebrauch als Kapitän beschlossen hätte.

Mit einer raschen Bewegung hob Hans Adam seinen Kopf empor. „Weißt du, Jule," — er tat wie beiläufig diese Frage — „ob dein Nachbar Schmüser seinen großen Speicher noch verkaufen will?"

Frau Jule, die mit ihrer letzten Aeußerung ihn zu einer ganz anderen Antwort hatte reizen wollen und so lange schon darauf gewartet hatte, meinte ärgerlich, da tue er am besten, selbst darum zu fragen.

„Ja, ja; da hast du recht." Er nickte kurz und hatte schon ein paar Schritte der Straße zu getan, in der Fritz Schmüser wohnte, als die Schwester, unachtend des Jungen, der seitwärts unter seinen Schinken stöhnte, ihn noch einmal festzuhalten suchte; so wohlfeil sollte er denn doch nicht davonkommen. „Hans Adam!" rief sie, „warte noch einen Augenblick! Dein Heinz . . ."

Hans Adam stand bei diesem Namen plötzlich still. „Was willst du, Jule?" frug er hastig. „Was soll das mit meinem Heinz?"

„Nicht viel, Hans Adam; aber du weißt wohl nicht, was dein gewitzter Junge noch am letzten Abend hier getrieben hat?"

„Nun?" stieß er hervor, als sie eine Pause machte, um erst die Wirkung dieses Eingangs abzuwarten; „sag's nur gleich auf einmal, ein Loblied sitzt doch nicht dahinter!"

„Je nachdem, Hans Adam, je nachdem! Bei der alten Tante war zum Absagen freilich nicht viel Zeit; aber warum sollte er die schmucke Wieb, die kleine Matrosendirne, nicht von neun bis elf spazierenfahren?" Es möchte wohl ein kalt Vergnügen gewesen sein da draußen auf der Sund, aber wir Alten wissen's ja wohl noch, die Jugend hat allezeit ihr eigen Feuer bei sich."

Hans Adam zitterte, seine Oberlippe zog sich auf- und legte seine vollen Zähne bloß. „Schwatz nicht!" sagte er. „Sprich lieber, woher weißt du das?"

„Woher?" Frau Jule schlug ein fröhliches Gelächter auf — „das weiß die ganze Stadt, am besten Christian Jensen, in dessen Boot die Lustfahrt vor sich ging! Aber du bist ein Hitzkopf, Hans Adam, bei dem man sich leicht üblen Bescheid holen kann; und wer weiß denn auch, ob dir die schmucke Schwiegertochter recht ist? Im übrigen" — und sie faßte den Bruder an seinem Rockkragen und zog ihn dicht zu sich heran — „für die neue Verwandtschaft ist's doch so am besten, daß du nicht auf den Ratsherrnstuhl hinaufgekommen bist."

Als sie solcherweise ihre Worte glücklich angebracht hatte, trat sie zurück. „Komm, Peter, vorwärts!" rief sie dem Jungen zu, und bald waren beide in einer der vom Markte auslaufenden Gassen verschwunden.

Hans Kirch stand noch wie angedonnert auf derselben Stelle. Nach einer Weile setzte er sich mechanisch in Bewegung und ging der Gasse zu, worin Fritz Schmüsers Speicher lag; dann aber kehrte er plötzlich wieder um. Bald darauf saß er zu Hause an seinem Pult und schrieb mit fliegender Feder einen Brief an seinen Sohn, in welchem in verstärktem Maße sich der jähe Zorn ergoß, dessen Ausbruch an jenem letzten Abend durch die Dazwischenkunft der Mutter war verhindert worden. (Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

den die Eisenbahngleise weggerissen. Der Bahnhof von St. Michel de Maurienne ist überschwemmt. Die Bezirke von Modane und Lens-le-Bourg sind seit Freitag vollständig abgeschnitten und besitzen weder Straßen noch Telephon und Telegraph. Der Schaden wird auf rund 20 Millionen geschätzt, wovon 10 Millionen allein auf die Fabrik Alais et Camargue fallen.

Eine deutsche Hochschule für Politik.

Berlin, 27. Sept. Ueber die Errichtung einer Deutschen Hochschule für Politik wird mitgeteilt: Die Vorarbeiten für die Deutsche Hochschule sind jetzt soweit gefördert, daß die Vorlesungen in Berlin Ende Oktober beginnen können (in den Räumen der früheren Bauakademie auf dem Schinkelplatz). Die Aufgabe der Hochschule für Politik ist, ein wichtiges Werkzeug für den geistigen Wiederaufbau Deutschlands zu sein und durch Lehre, Forschung und Arbeitsgemeinschaft der Verbreitung von staatsbürgerlicher Bildung und der Vertiefung des politischen Urteils zu dienen. Diese Aufgabe vereinigt hervorragende akademische Lehrer, frühere und aktive Staatsmänner, Führer des Wirtschaftslebens sowie der Parteien zu einer Arbeitsgemeinschaft. Im Verzeichnis des Dozentenkollegiums und des Verwaltungsrats finden wir Namen wie die Reichsminister Dr. Simons, Dr. Heinze, Dr. Scholz, Dr. Koch und Gröner, die früheren Minister Clemens v. Delbrück, Dr. Schiffer, August Müller, Dr. David und R. Wissel; Universitätsprofessoren wie Hans Delbrück, Meinecke, Troeltsch, Sombart, Hötzsch, Beyerle-München und Radbruch-Kiel; Männer wie Dr. Rathenau, Dr. v. Kardoff, Dr. Hans Roeseler u. a. Vorsitzender der Hochschule ist der Staatsminister a. D. Dr. Drews, Geschäftsführender Vorsitzender Prof. Dr. Ernst Jäckh; an der Spitze der vier Abteilungen steht Prof. Dr. Walter Goetz: für Politik und Auslandskunde; Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer: für Soziologie und Sozialpolitik; Prof. Dr. Rühlmann: für politische Pädagogik und Staatsbürgerkunde und Geh. Rat Prof. Dr. Max Sering: für staatswissenschaftliche Fortbildung. Studienleiter ist Dr. Theodor Heuß. Mit benachbarten Unternehmungen (wie Arbeitsstätte für sachliche Politik", Martin Spahn's „Politisches Kolleg", Universität, Orientalisches Seminar, Verwaltungsakademie, Handelshochschule) ist ein gemeinsamer Arbeitsausschuß hergestellt. Der Besuch der Hochschule für Politik ist nicht an den Nachweis einer Prüfung geknüpft, sondern für alle Volksschichten offen. Die Hochschule für Politik wendet sich an alle, die bei der Gestaltung unseres politischen und wirtschaftlichen Schicksals mit Einsicht und Tat mitwirken wollen; daneben an diejenigen, die für politische, soziale und wirtschaftliche Berufe sich ausbilden, an künftige Diplomaten, an die durch die Reichsverfassung zum staatsbürgerlichen Unterricht verpflichteten Pädagogen, Verwaltungsbeamte usw. Vorlesungen und Uebungen sind teils in Semester, teils in Sonderkurse gegliedert und finden in der Regel nachmittags zwischen 4 und 8 Uhr statt. Vorlesungsverzeichnisse mit allen anderen Mitteilungen sind durch das Sekretariat der Deutschen Hochschule für Politik (Bauakademie, Schinkelplatz) und durch die vorbereitende Geschäftsstelle (Schöneberger Ufer 36 a) erhältlich.

Keine Erhöhung der Brotration — aber Erhöhung des Malzkontingents der Bierbrauereien?

Berlin, 25. Sept. Der Reichsrat hat die neue Verordnung über die Malzkontingente der Bierbrauereien angenommen. Die Verordnung erhöht das bisherige Kontingent sämtlicher Brauereien gleichmäßig für Norddeutschland und Süddeutschland auf 30 Prozent.

Unglaubliche Demonstration.

Berlin, 28. Sept. Um gegen die Reaktion für den neuen Schulrat von Berlin Dr. Löwenstein und die weltliche Schule zu demonstrieren, hatte ein sog. Kulturkartell, bestehend aus dem Arbeiter-Elternbund der freireligiösen Gemeinden, dem sozialdemokratischen Elternbund und den sozialdemokratischen Eltern die kleinen und kleinsten Kinder von 6—10 Jahren gestern auf die Beine gebracht. Mit Plakaten bewaffnet, auf denen Inschriften prangten wie: „Gegen das Mucker- und Duckertum!" „Macht euch das Leben genügend schön, kein Jenseits gibts, kein Wiedersehen!" wurden diese armen Kinder nach dem Lustgarten getrieben, wo Adolf Hoffmann, ein Lehrer namens Bröse die Kinder aufforderten, im Kampf gegen die Religion auszuhalten. Mit Hochrufen auf die Weltrevolution und Sowjetrußland nahm diese würdige Kundgebung, die in Wirklichkeit ein ekelhafter Unfug war, ein Ende.

Prozeßaufnahme.

Marburg, 28. Sept. Der Prozeß gegen die Marburger studentischen Zeitfreiwilligen wird im Oktober vor dem Schwurgericht in Cassel aufs Neue verhandelt werden.

Die Gesandtschaft des Reiches in München?

Berlin, 27. Sept. Das „Berliner Tageblatt" bringt die Mitteilung, das Reich beabsichtige im neuen Etat für 1921 Mittel zur Errichtung einer Gesandtschaft in München anzufordern.

Die Schiffbarmachung des Oberrheins.

Der Rheinschiffahrtsverband nahm auf einer in Konstanz abgehaltenen Tagung eine Entschließung an, in der zum Ausdruck kommt, daß die für die Schiffbarmachung des Rheines zwischen Basel und Konstanz maßgebenden Verhältnisse soweit geklärt sind, daß nunmehr an die Erstellung der für die Groß-Schiffahrt erforderlichen Einrichtungen und an den infolge der Kohlennot dringlich gewordenen Ausbau der Wasserkräfte sofort herangetreten werden kann. An die badische Regierung richtete die Versammlung das dringende Ersuchen, den Ausbau der Wasserkräfte und die Erstellung des Großschiffahrtsweges Basel-Konstanz schleunigst in die Wege zu leiten.

Eine neue Konferenz Litauen-Polen.

Wilna, 27. Sept. Laut Meldung der „Lit. Tel.-Agentur" sandte der polnische Außenminister Sapisha heute dem litauischen Ministerium des Aeußern eine Note, durch die er eine neue Konferenz zwischen Litauen und Polen auf 29. Sept. einberufen will. Das Ministerium des Aeußern hat sich bereit erklärt, einen Abgeordneten, den Direktor des politischen Departements Balutl, nach Suwalki zu senden.

Ein neues Fünfgestirn?

Paris, 27. Sept. Der Berichterstatter des „Petit Journal" meldet, daß in Brüssel fünf Kommissionen gebildet werden sollen, die sich beschäftigen sollen 1) mit der Bergleichung der Finanzbilanz, 2) mit der Münzfrage 3) mit den Mitteln zur Verminderung der Ausgaben, 4) mit internationalen Anleihen und Krediten, 5) mit Mitteln zur Erleichterung des internationalen Handels.

Der Gang der Brüsseler Finanzkonferenz.

Brüssel, 27. Sept. Nach einer Havas-Reuter-Meldung von der internationalen Finanzkonferenz setzte heute nachmittag Rizzi (Italien) auseinander, was sein Land getan habe, um die eigenen Schwierigkeiten zu lösen. — Noemol-Frankreich umschrieb die Stellung Frankreichs gegenüber der Finanzfrage und gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß gemeinsame Heilmittel gegen die traurige Lage der Welt gesucht werden sollten.

Sieg der Bolschewisten.

London, 27. Sept. Wie Daily Mail aus Allahabad meldet, haben die bolschewistischen Truppen die Truppen des Emirs von Buchara geschlagen und sich der Hauptstadt bemächtigt, die sie plünderten.

Kleine Nachrichten.

Wahlabkommen zwischen bürgerl. Arbeitspartei und Demokraten in Oesterreich. Die bürgerliche Arbeitspartei und die Demokraten, welche den Grafen Czernin bezw. den Professor der Bodenkultur, Hoffmeister, zu Listenführern ernannt haben, schlossen ein Wahlabkommen mit der Verpflichtung, sich keine Kandidaten entgegenzustellen. So sei, meint die „Neue Freie Presse", die Grundlage für eine neue große Partei geschaffen, deren äußere Politik das unbedingte Festhalten an dem Gedanken des Anschlusses an Deutschland kennzeichne.

Baden gegen die Mietsteuer. Die badische Regierung hat, wie der Allgemeine Fabrikantenverband mitteilt, sich gegen eine Mietssteuer ausgesprochen, da sie unsozial sei.

Württembergische Politik.

Der Reichsbürgerrat an die Reichsregierung, die Parteien des Reichstags und den Reichswirtschaftsrat!

Der Reichsbürgerrat, der alle Schichten und Stände des deutschen Bürgertums vertritt und mit deren wirtschaftlichen Vertretungen organisch verbunden ist, hält es für notwendig, mit Nachdruck zu fordern, daß die schwebende Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues nach Anhörung der Gutachten der Sozialisierungskommission vor der Beratung im Plenum des Reichstages und des Reichswirtschaftsrates noch einmal einer eingehenden Prüfung seitens der zuständigen Ausschüsse dieser Parlamente und seitens anderer Sachverständigenkommissionen unterworfen wird. Der Reichsbürgerrat muß befürchten, daß politische und parteipolitische Motive zur übereilten und unsachlichen Erledigung der Vorlage führen werden. Ohne grundsätzlich zur Frage der Sozialisierung Stellung zu nehmen, angesichts der Tatsache, daß vielleicht beachtenswerte Kreise des deutschen Bürgertums einer Sozialisierung des Kohlenbergbaues freundlich gegenüberstehen, ist es Pflicht des Reichsbürgerrates, die Regierung, die Parlamente und die gesamte Oeffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß in den Kreisen der Verbraucherschaft, im besonderen des gewerblichen Mittelstandes Befürchtungen laut geworden sind, daß eine Sozialisierung des Kohlenbergbaues nicht zu dem einzigen erstrebenswerten Ziel einer Verbilligung der Kohle und der Produktionssteigerung führen können. Den Beweis dafür ist die Sozialisierungskommission schuldig geblieben, im Gegenteil lassen ihre beiden Gutachten befürchten, daß infolge der Sozialisierung derartige Lasten auf den Verbraucher abgeschoben werden müssen, daß eine empfindliche Verteuerung der Kohle erfolgen wird, ohne daß Gewähr für die Hebung der Produktion vorhanden ist. Der Reichsbürgerrat darf es auch nicht unterlassen, hervorzuheben, daß nach Bekanntwerden der Sozialisierungsentwürfe Sicherungen dafür vermißt wurden, daß eine Interessenpolitik bestimmter Teile der Verbraucherschaft und der Arbeiterschaft unmöglich gemacht wird.

Als Wortführer aller Erwerbs- und Berufsgruppen des deutschen Bürgertums in Stadt und Land macht der Reichsbürgerrat die Reichsregierung und die politischen Parteien verantwortlich dafür, daß die wichtigste wirtschaftliche Frage, vor der das neue Deutschland je gestanden hat, aus wirtschaftlichen Gründen und nicht durch Parteiinteressen entschieden wird.

r **Ulm,** 27. Sept. Bei der Tagung der demokratischen Reichstagsfraktion, die am Samstag hier ihren Abschluß fand, berichtete Dr. Petersen über die politischen Parteien. Er behandelte besonders die Regierungsbildung, das Verhalten der Mehrheitssozialdemokratie und wünschte eine klare Stellungnahme der Regierung gegen jede Art von Nebenregierung und Kontrollinstanzen. Reichsminister Koch betonte, daß die Regierung in sich gut gefestigt sei und ausgezeichnet zusammenarbeite. Er wies die Angriffe gegen die demokratischen Minister seitens der sozialdemokratischen Presse zurück. Das Nebeneinander von Reich und Preußen sei schwer erträglich. Eine starke Dezentralisation Preußens, bei der jede preußische Provinz mit ihren Stimmen im Reichstag zur Geltung gelange, sei anzustreben. Es müsse auf Seiten des Reiches wie der Mittelstaaten, der gute Wille bestehen, die Lasten der nationalen Einheit zu tragen. In der Aussprache die diesen Berichten folgte, wurde eine Dezentralisation auf allen Gebieten neben einer einheitlichen Führung durch das Reich gefordert. Die Loslösungsbestrebungen sollen rücksichtslos bekämpft werden. Abg. Schiffer schloß am Samstag die Tagung mit der Feststellung der Einmütigkeit der Fraktion in allen wichtigen Fragen. Die demokratischen Abgeordneten des bayerischen, württembergischen und badischen Landtags hatten während der Tagung eine zwanglose Aussprache. Zur nachbarlichen Verständigung und zur Erleichterung des Ausgleichs in wirtschaftlichen Fragen sollen weitere Zusammenkünfte in Heidelberg und Augsburg stattfinden. Es wurde ein Ausschuß bestimmt, dem die Abgg. Haußmann, Dirr (Bayern), Glockner (Baden) und Strecker (Hessen) angehören.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, den 28. September.

* **Zur Festsetzung der Kartoffel- und Obstpreise.** Vom Deutschen Gewerkschaftsbund (Christl. Gewerkschaften, Privatangestellte und Staatsbeamtenverbände) wird uns geschrieben: Die vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts erlassen im „Sozialdemokrat" und in der „Schwäb. Tagwacht" zu den am 21. September abgehaltenen Besprechungen zwischen den Erzeuger- und Verbraucherorganisationen eine Erklärung, die wegen der unrichtigen Darstellung einer Berichtigung bedarf. Es ist durchaus unrichtig, daß die Aussprache unter Mitwirkung der Regierung zustande gekommen ist. Die Abhaltung der Besprechung wurde vielmehr in der vorausgegangenen Woche in einer Vorstandssitzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf Anregung des Abg. Geos beschlossen, dem auch die Vorbereitungsarbeiten übertragen wurden. Nachdem von den maßgebenden Stellen der landwirtschaftlichen Erzeugerorganisationen eine zustimmende Antwort eingegangen und alle übrigen Teilnehmer vom Deutschen Gewerkschaftsbund eingeladen waren, wurde auch das Ernährungsministerium von der Tagung verständigt und zur Teilnahme eingeladen. Die Sitzung hat bewiesen, daß, wenn überhaupt in der Eindämmung der Preissteigerungen etwas erreicht werden kann, der beschrittene Weg der einzig gangbare ist. Das kommt auch in den Berichten der genannten sozialdemokratischen Blätter zum Ausdruck. Richtig ist, daß am 20. September eine Kommission aus Vertretern des Beirats der Verkehrsbeamten und der freien Gewerkschaften im Ernährungsministerium vorstellig wurden, also zu einer Zeit, als die Einladungen zu der am 21. September abgehaltenen Sitzung bereits vom Deutschen Gewerkschaftsbund ergangen waren. Bemerkt muß jedoch werden, daß diese Kommission einen anderen Auftrag hatte. Ein Vertreter des freigewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahnverbandes hatte in der Sitzung des Beirats der Verkehrsanstalten einen Antrag gestellt, Sperrmaßnahmen durch die Eisenbahner, wie im letzten Jahre, durchzuführen. Ihm trat Verbandssekretär Rödlach und auch die Vertreter der Beamtenorganisationen im Beirat mit dem Hinweis auf die schlechten Erfahrungen des Vorjahrs entgegen. Die Kommission hat im Ernährungsministerium in dieser Hinsicht auch durchaus keinen Erfolg gehabt, umsomehr, als sich in einer früheren Aussprache die Vertreter der vereinigten Gewerkschaften ebenfalls gegen solche Sperrmaßnahmen erklärt haben. Es ist weiterhin unrichtig, daß versucht worden sei, die vereinigten Gewerkschaften in den Hintergrund zu drängen. Es hätte diesen niemand verwehren können, eine Aussprache mit den Erzeugerorganisationen herbeizuführen und die Regierung dazu einladen, wie es der Deutsche Gewerkschaftsbund getan hat. Daß dieser als erster auf den Plan trat und im Hinblick auf die Verbraucher zur praktischen Tat geschritten ist, kann man ihm doch nicht zum Vorwurf machen. Jedenfalls hat der Deutsche Gewerkschaftsbund in gar keiner Weise gegen die Teilnahme der Vertreter der vereinigten Gewerkschaften an der fraglichen Besprechung Einwendungen erhoben und tatsächlich war dieser Vertreter auch bei den Beratungen anwesend. Dies ist der wirkliche Tatbestand, und es wäre im Hinblick auf die Bedeutung der ganzen Sache überaus kleinlich, wenn aus eifersüchtigen Wettbewerbsgründen das Gelingen des ohne Zweifel bedeutungsvollen Schrittes vereitelt würde. Es wäre nur zu wünschen, daß auch in Zukunft Erzeuger und Verbraucher über Preisbildungsfragen sich verständigen würden.

x **Wildberg,** 28. Sept. Es wird uns geschrieben: Zu der Notiz „Wildberg" im Ges. Nr. 224 ist zu erwidern, daß denjenigen, welchen der vom Kommunalverband festgesetzte Preis für das Auslandsmehl zu hoch war, es freistand, solches stehen zu lassen, ein Zwang zur Abnahme bestand ja nicht. Woher weiß übrigens der Artikelschreiber, daß die betr. Aeußerung des „hiesigen Landwirts" der Behörde bekannt ist? Und wenn sie ihr je bekannt wäre, seit wann ist es Brauch, daß die in solchen Fällen von der Behörde zu treffenden Maßnahmen gleich jedem erfährt? Jeder Vorurteilslose wird aus dem betreffenden Artikel sehen, daß es dem Artikelschreiber nicht darum zu tun ist, gegen die von dem „hiesigen Landwirt" geplante Höchstpreisüberschreitung vorzugehen, sondern eben der Behörde eins ans Bein zu geben, ein im ganzen Land bei urteilsunfähigen und einsichtslosen Leuten wirklich gerne geübter Sport. Der Artikel gibt nur Gelegenheit, die feigen Machenschaften gewisser behördenfeindlicher Elemente niederer zu hängen.

w **Berneck.** Am Sonntag fand in der hiesigen Kirche die festliche Weihe der neuen Glocke statt. Ueber drei Jahre hatte die Gemeinde den Besitz ihres vollen Geläutes entbehren müssen. Umso größer ist nun die Freude, daß wieder zwei Glocken zum Gotteshaus rufen. Mit der Glockenweihe war die Weihe der Gedächtnistafel für die Toten und Vermißten aus dem Weltkrieg verbunden.

Aus dem übrigen Württemberg.

Bad Liebenzell, 25. Sept. Der Gasthof z. „Linde" ging um den Preis von 145 000 ℳ in den Besitz der ev. Kirchengemeinde über. Die Uebergabe erfolgt am 1. Oktober.

Erzgrube, 27. Sept. Nach nahezu 14jähriger Tätigkeit verließ uns Hauptlehrer Wurzbach, um nach seiner neuen Stelle in Schmieden bei Cannstatt überzusiedeln. Eine in der Linde stattgefundene Abschiedsfeier gab Zeugnis von der großen Achtung und Wertschätzung, welche sich der Scheidende während seines hiesigen Aufenthaltes erworben hat.

Freudenstadt, 27. Sept. Die ordentlichen Schwurgerichtssitzungen des IV. Vierteljahrs werden in Rottweil am Dienstag den 26. Oktober 1920, vormittags 9 Uhr, unter dem Vorsitz des Landgerichtsrat Rau eröffnet.

Freudenstadt, 27. Sept. Samstag abend hatten wir, spät im Jahr, das heftigste Gewitter des vergangenen Sommers. Nach schwül schöniger Frühtemperatur brannte tagsüber die Sonne, sobald sie aus den Wolken trat, sommerlich warm; gegen Abend zog von Westen ein Gewitter herauf, das eine Stunde anhielt und heftige elektrische Entladungen brachte. Den rötlich flammenden Blitzen folgte innerhalb weniger Sekunden zweimal nacheinander augenblicklich gewaltiger Donner. Mit dieser Explosion war die Kraft des Unwetters gebrochen, dem stundenlang anhaltende Regengüsse folgten. Eine starke Abkühlung ist bis jetzt nicht eingetreten.

Freudenstadt. Bei der Ausführung des Finkenberg-Projekts sind neue Schwierigkeiten aufgetreten. In das Probeloch dringt jetzt so viel Wasser ein, daß eine zweite Pumpe aufgestellt werden mußte, um das Wasser herauszubekommen. Die Kosten für die neue Pumpe betragen 60 bis 80 ℳ täglich.

Turnen, Spiel und Sport.

Der Fußballklub Nagold 1911 e. V. weilte vergangenen Sonntag in Schellbronn, um sein 3. Verbandsspiel dort auszutragen. Leider mußte er dem Gegner die 2 wertvollen Punkte bei einem Torverhältnis von 1:5 überlassen.

Die ungünstigen Platzverhältnisse, die sich mit den Bestimmungen des Süddeutschen Fußballverbandes nicht in Einklang bringen lassen, sowie das zu weiche Spiel unserer heimischen Elf tragen die Schuld an der Niederlage. Das von der Nagolder Elf geübte flache Zuspiel konnte auf dem kleinen Platze nicht durchdringen. Es ist nötig, daß der Fußballklub aus seiner ersten Niederlage die nötigen Folgerungen zieht, um am kommenden Sonn-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

tag, wo die Mannschaft in Steinegg (bei Pforzheim) spielt, die 2 Punkte mit nach Hause bringen zu können. t.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Geldmarkt. Eine starke Versteifung der Devisenkurse leitete uns von der vorigen in die letzte Woche hinüber. Die Darlegungen des Reichsfinanzministers über unsere wahrhaft trostlose Lage mit dem drohenden Bankerott lockten die Spekulanten wieder zur Unterbringung ihres Geldes in ausländischen Werten. Auch die großen Getreidekäufe des Reichs für die Wiederversorgung trugen das ihrige bei, unsere Valuta zu verschlechtern. Immerhin gab es anfangs der Woche eine Erholung der deutschen Mark in Zürich, die am 20. 9. 10, am 22. 10,50 Rappen notierte, aber am 24. Sept. wieder auf 9,85 Rappen fiel. Die Warnungen des Reichswirtschaftsrates vor einer weiteren Begünstigung des Schiebertums waren demnach nicht unangebracht. Die Reichsbank zeigt in ihrem Ausweis vom 15. Sept. ein starkes Anwachsen der Kapitalanlage. Der Goldbestand ist nur unwesentlich verändert, aber der Umlauf an Banknoten hat sich auf beinahe 59 Milliarden erhöht. Der Privatdiskont stellt sich im allgemeinen auf 4 Prozent.

Produktenmarkt. Die Valutanot befestigt den Fruchtmarkt anhaltend; die Einfuhr wird dadurch immer mehr behindert. Heu und Stroh bleiben teuer. Mais kostet jetzt schon mehr als 150 ℳ. Ein zuverlässiger Haberpreis fehlt andauernd, bewegt sich aber ebenso wie die Preise der Hülsenfrüchte immer noch in aufsteigender Linie. Württembergischer Hopfen kostet durchschnittlich 2400 ℳ.

Warenmarkt. Ueber die Kohlen- und Eisenpreise ist nichts Neues zu berichten. Das Geschäft in Textilwaren geht flott; von England aus hat jetzt ein kräftiger Preisabbau eingesetzt, aber in Deutschland kann angesichts der immer noch steigenden Erzeugungskosten von einem weiteren Preisnachlaß keine Rede sein. Wolle ist unbezahlbar und wird es wohl auch bleiben, wenn man die wahnwitzige Höhe der Schafweidepachten betrachtet. Häute und Leder ziehen weiter an; die letzte Leipziger Häuteauktion brachte eine Erhöhung um durchschnittlich 10 — 15 Prozent. Die Ernteaussichten für Wein lauten etwas günstiger, aber die Preise für den jetzt beginnenden Portugieserherbst sind geradezu fantastisch. Vielleicht wird die Einführung des 8 prozentigen Biers etwas korrigierend wirken. Daß der Most sehr teuer wird, ist angesichts der Obstpreise nicht zu bezweifeln.

Viehmarkt. Die Auseinandersetzungen zwischen den Viehhaltern und Viehhändlern ändern nicht an der Tatsache der weiteren Verteuerung der Viehpreise. Zuchtvieh bleibt rar. Unter 10 000 ℳ ist eine gute Kuh nicht zu erhalten, unter 15 000 ℳ kein brauchbares Arbeitspferd.

Holzmarkt. Das Holzgeschäft liegt im Argen. Das Darniederliegen der Bautätigkeit verhindert einen weiteren Preisabbau immer noch nicht in durchgreifendem Maße. Es ist viel Spekulation im Handel. Die Sägewerke halten an ihren Forderungen fest (etwa 600 ℳ ab Station) und der Großhandel scheint entschlossen zu sein, mit seinen Angeboten mindestens 100 ℳ darunter zu bleiben.

Familiennachrichten.

Auswärtige.

Gestorben: Georg Pfau, Weinhändler und Landwirt, Calw.

Letzte Nachrichten.

Pessimistische franz. Stimme über die Brüsseler Finanzkonferenz.

London, 27. Sept. Der Pariser Berichterstatter der Westminster Gazette äußert sich sehr pessimistisch über die Brüsseler Finanzkonferenz. Er schreibt: Da man die von Deutschland zu zahlende Entschädigung nicht festsetzt und die Macht des Wiedergutmachungsausschusses als einzige Autorität auf diesem Gebiete wiederherstellen will, ist die anfänglich auf der Brüsseler Konferenz herrschende Stimmung geschwunden. Das Blatt fährt fort, es sei klar, daß die konkreten Ergebnisse, die man sich von der Konferenz versprach, nicht ganz erfüllt werden konnten. Brüssel habe infolgedessen in der Hauptsache akademische Bedeutung erlangt. Denn um das finanzielle Gleichgewicht zu finden, um die ungeheuren Probleme zu lösen, die sich über der Welt zusammenziehen, sei es in erster Linie notwendig, eine solide Grundlage zu haben und genau Deutschlands Schulden sowie den Kredit der Alliierten zu kennen. Statt einzusehen, daß es in niemandens Interesse liegt, diese Frage noch länger hinauszuschieben, statt zu erkennen, daß jeder Monat kostbar ist, ziehe man vor, das Heiligtum des unverletzlichen Friedensvertrags anzubeten und sich den Gefahren auszusetzen, die von allen Seiten drohen.

Brüssel, 28. Sept. In der gestrigen Nachmittagssitzung sprachen noch Vertreter der skandinavischen Delegation. Sie traten vor allem für eine Einschränkung der Ausgaben bei dem etatischen Erwerbsunternehmen ein. De Haller (Schweiz) hielt es für notwendig, festzustellen, daß die allgemeinen Ausführungen von Delacroix über die Schädlichkeit einer Vermögensabgabe nicht als Ansicht der ganzen Konferenz aufgefaßt werden dürften. Nach den gestrigen Beschlüssen werden heute Dienstag die einleitenden Berichte über die finanzielle Lage im einzelnen fortgesetzt. Heute Dienstag nachmittag wird der Führer der deutschen Delegation, Staatssekretär Bergmann, seinen Bericht erstatten.

Die Annexion Südtirols.

Innsbruck, 28. Sept. Die Blätter bringen an leitender Stelle Meldungen über die vollzogene Annexion Südtirols. Die Zeitungen sind mit Trauerrand versehen. Die Stadt ist zum Zeichen der Trauer schwarz beflaggt.

Für Wrangel.

Rotterdam, 28. Sept. „Daily Expreß" meldet aus Konstantinopel, daß die türkischen Munitionsfabriken, die die Deutschen während des Krieges organisiert hatten und die damals die gesamten türkischen Heere versorgten, jetzt unter französische Kontrolle kommen, um Wrangels Heer mit Munition zu versorgen.

Es dämmert!

Berlin, 28. Sept. Selbst der radikale Metallarbeiterverband will, wie der „Vorwärts" schreibt, von Moskau nichts wissen.

Eine neue antarktische Expedition.

London, 28. Sept. Havas. Am Montag hat eine antarktische Expedition London verlassen. Sie besteht aus fünf Mitgliedern und wird von Cope geführt, der bereits an der Expedition Shakletons teilgenommen hat. Die Dauer der Expedition soll sieben Jahre betragen. Es soll als Endziel versucht werden, den Südpol auf dem Luftwege zu erreichen.

Lösung der türkischen Kabinettskrise.

London, 28. Sept. Die „Times" meldet aus Konstantinopel, daß die türkische Kabinettskrise gelöst sei. Damad Ferid Pascha bleibe Großwesir. Wie verlaute, habe die Pforte der Alliierten um finanzielle Unterstützung zur Pazifikation Anatoliens ersucht.

Litauischer Protest.

Kowno, 28. Sept. Nach einer Meldung der „Litauischen Tel.-Ag." fand anläßlich des plötzlich gegen Litauen eröffneten polnischen Angriffs in Kowno eine große Volksversammlung statt, die eine Entschließung annahm in der es heißt: Ungeachtet der ständigen Friedens- und Verhandlungsbereitschaft unserer Regierung haben die Polen unter schmählicher Nichtachtung der Wünsche des Völkerbunds unverhofft den Angriff auf litauisches Gebiet eröffnet und somit unsere Neutralität verletzt. Die heute in Kowno versammelte viele Tausende zählende Volksmenge litauischer Bürger, insbesondere Arbeiter, erhebt vor aller Welt den schärfsten Protest gegen diese unerhörte Bedrückung unserer Freiheit und unserer Unabhängigkeit durch den polnischen Imperialismus. Der Weg in unser Land kann nur über unsere Leichen führen und nicht unsere Schuld ist es, wenn Ströme von Blut weiterhin fließen. Wir rufen daher alle Völker der Erde, insbesondere die Arbeiter auf, uns in unserem heiligen Existenzkampf gegen polnische Machtgelüste beizustehen.

Kampfvorgänge.

Königsberg, 28. Sept. Zur Lage wird berichtet: In Galizien, östlich von Tarnopol, ist der Ausgang der Kämpfe noch unentschieden. Zum Angriff auf Kowno bereitgestellte bolschewistische Truppen wurden von den Polen zersprengt. Im Raume östlich von Prushany stehen die Polen nach Einnahme von Kartuskaja Beresa und Roshany in einer Linie östlich der genannten Orte. Die Verfolgung der Bolschewisten nördlich des Njemen dauert an. An der litauisch-polnischen Front haben die Polen im weiteren Zurückdrängen der Litauer die Linie Wisbainy-Druskeniki erreicht.

Der Völkerbund an die Polen.

Paris, 28. Sept. Wie Havas meldet, hat Léon Bourgeois als Präsident des Völkerbundsrats ein Telegramm an die polnische Regierung gerichtet, in dem er die Ueberraschung darüber ausspricht, daß Polen Litauen ein Ultimatum gestellt hat. Er bittet die Polen eindringlich, Litauen die notwendige Zeit zu lassen, damit es die in der Entscheidung des Völkerbunds vorgesehenen Bedingungen erfüllen könne. Gleichzeitig hat Bourgeois an die lituanische Regierung ein Telegramm gerichtet, in dem er davon Mitteilung macht, daß Polen aufgefordert worden sei, Litauen die notwendige Zeit zu lassen. Er bittet aber seinerseits Litauen dringend, ohne Verzug bei den Sowjets durchzusetzen, daß die Maßnahmen befohlen werden, die die vollkommene Räumung litauischen Gebiets sicherstellen.

Für die Schriftleitung verantwortlich Friedrich Wilhelm Schmidt, Nagold.
Druck und Verlag der G. W. Zaiser'schen Buchdruckerei (Karl Zaiser), Nagold.

Verkauf.

Wir verkaufen infolge Geschäftsaufgabe am

Mittwoch nachmittag ab 1 Uhr

im Gasth. z. Rößle Emmingen unser

Wirtschaftsinventar

bestehend aus

Tischen, Stühlen, Bänken, Betten usw.

1184 **Geschwister Huber.**

Diese
sind geputzt mit
Nigrin

Sofortiger wasser- u. wetterfester Dauerhochglanz, da wieder reine Terpentinölware.

Friedensware ist mit Banderol versehen.

57 b

Aufklebadressen sind zu haben bei G. W. Zaiser.

Hausierer für gute Artikel **gesucht.** V21 Chr. Klingel, Wildberg.

Der Fischereiverein

„Oberes Nagoldtal"

hält seine

Generalversammlung mit Fischessen

am **Sonntag**, 3. Okt. d. Js. mitt. 2 Uhr im Gasthaus zum „Ochsen" in **Wildberg** ab.

Tagesordnung: Beratung des an den Landesfischereiverein zu erstattenden Jahresberichts.

Die Mitglieder und Freunde des Vereins werden zu zahlreichem Besuch eingeladen.

Nagold, 27. 9. 20. **Der Vereinsvorstand:** Louis Rentschler.

1183

Ein neues Abonnement
auf
Zeitschriften und Lieferungswerke
beginnt am 1. Oktober 1920.

Zu Bestellungen ladet höfl. ein

G. W. Zaiser
Buchhandlung, Nagold.

Probenummern umsonst.

Abbestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Rötenbach bei Calw.

Unterzeichneter verkauft

2 Russenpferde

(Fuchswallache), 10jährig, unter jeder gewünschten Garantie.

1146 **Hirschwirt Rentschler.**

Karl Bayer
Helene Bayer
geb. Huber
VERMÄHLTE

Dachtel, 25. September 1920.

1185

Hinweis!

Zwangs-Innung für das Mühlengewerbe der Oberamtsbezirke Nagold-Calw.

Die Mitglieder werden darauf hingewiesen, sofort und längstens bis 30. ds. Mts. an den Kommissar der Regierung des Schwarzwaldkreises, Herrn Regierungsrat Binder in Reutlingen folgendes Schreiben abzusenden:

„Auf Ihre Bekanntmachung vom 20. September im „Calwer Tagblatt" beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich für die Errichtung einer Zwangs-Innung für das Mühlengewerbe stimme.

Hochachtungsvoll

1182

Zu beziehen durch

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.